

Wirtschaft will neue Allianzen gegen Trump

Deutscher Außenhandel befürchtet „weltweite Abwärtsspirale“ durch Abschottungspolitik

Von unserem Korrespondenten
Bernhard Junginger

Berlin/Washington. Die deutsche Exportwirtschaft steht so glänzend da, wie nie zuvor – und gleichzeitig drohen ihr auch so viele Gefahren, wie nie zuvor. Das größte Unheil droht vom neuen US-Präsidenten Donald Trump – glaubt Anton F. Börner. Der Familienunternehmer aus Ingolstadt ist Präsident des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel und Dienstleistung – und damit gewichtigste Stimme der mächtigen deutschen Exportwirtschaft. Deutsche Produkte würden, so Börner, nicht zuletzt durch den schwachen Euro in aller Welt so gern gekauft wie nie. Für das laufende Jahr rechne der BGA mit Ausfuhren im

BGA-Präsident malt ein düsteres Szenario

Wert von rund 1 235 Milliarden Euro – das wären 2,5 Prozent mehr als 2016 und neuer Rekord. Doch dem Auslandsgeschäft drohen laut Börner gewaltige Risiken: Etwa die Flüchtlingskrise, die anhaltende Terrorgefahr, Kriege im Nahen Osten und Nordafrika, die Euro-Schuldenkrise, den Brexit oder autokratische Tendenzen in der Türkei. Die Instabilität in vielen Teilen der Welt habe massiv zugenommen.

Zu großen Investitionen würde Börner den exportorientierten deutschen Unternehmen im Moment jedenfalls nicht raten: „Da würde ich sagen, wartet bis nach der Bundestagswahl.“ Und mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA sei nun „ein ganz spezielles Problem“ für die Weltgemeinschaft dazugekommen. Ob Trump seine vollmundig angekündigte Politik der Isolierung und Abschottung des US-Marktes auch umsetzen könne, sei unklar – auch in der US-Wirtschaft gebe es dagegen großen Widerstand. Viele der von Trump angekündigten Maßnahmen, etwa die willkürliche Verhängung von Strafzöllen gegen einzelne Unternehmen oder Länder würden laut Börner einen klaren Bruch geltender Handelsregeln darstellen. Doch er warnte davor, „Präsi-



GUTE AUSSICHTEN: Die deutsche Exportwirtschaft steuert 2017 trotz wachsender Risiken auf einen Rekord zu. Die Ausfuhren könnten um bis zu 2,5 Prozent zulegen. Foto: dpa

dent Trump nicht ernst zu nehmen“. Politik und Wirtschaft müssten gegen den Abschottungskurs des neuen US-Präsi-

dent stark auftreten und harte Antworten formulieren. Der wie ein rein eigennützig denkender Unternehmer

auf tretende Trump werde einsehen müssen, dass im verschränkten Welthandel „einseitige Maßnahmen nicht mehr ohne große Verluste möglich sind“.

Gerade Trumps Wähler würden durch Strafzölle auf Einfuhren massiv an Kaufkraft verlieren, sagt Börner. Protektionismus im Welthandel könne auch an den US-Börsen die Kurse sinken lassen. „Da die US-Altersversorgung an den Börsen hängt, kann schließlich jeder Trump-Wähler, jeder Rentner an seinem Kurszetteln und an der Höhe seiner Rente ablesen, wie aus dem Gewinner Trump ein Verlierer wird. Hier ist Trump verwundbar.“

Bei einem Handelskrieg der USA vor allem gegen China und Mexiko ergäbe sich für die deutsche Wirtschaft zu-

„Die EU muss sich über ihre Ziele klar werden“

nächst ein düsteres Bild. Würden etwa die Chinesen, die extrem stark von Exporten in die USA abhängen, künftig weniger einnehmen, könnten sie auch weniger deutsche Güter einführen. Am Ende könnte eine weltweite wirtschaftliche Abwärtsspirale stehen, warnt Börner. Deutschland müsse vor diesem Hintergrund neue Allianzen schmieden – in Europa, Asien, Lateinamerika und Kanada. Zunächst einmal aber sei es wichtig, dass Europa „selbst wieder in Ordnung kommt“. Die EU müsse sich über ihre eigenen Ziele klar werden – sonst sei sie in Verhandlungen mit Trump von vornherein verloren. Die Chinesen könnten im Kampf gegen Trumps Abschottungspläne durchaus ein Verbündeter sein, so Börner. Er warnt allerdings vor allzu großen Zugeständnissen gegenüber China, das für Deutschland natürlich auch Konkurrent bleibe. Als natürliche Verbündete sieht Börner US-Unternehmen, in deren Interesse ein Handelskrieg keinesfalls sein könne: „Die USA sind die größte Exportnation.“ Auch Google, Microsoft, Facebook oder Boeing würden unter Abschottung und Strafzöllen leiden – dies müsse Trump deutlich vor Augen geführt werden.

Vier Fragen

Herausforderung Trump

Der Pforzheimer Abgeordnete Gunther Krichbaum (CDU) ist auch Chef des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union des Bundestages.



„Es braucht klare Ansagen“

Herr Krichbaum, wie soll der Bundestag mit US-Präsident Donald Trump umgehen?

Krichbaum: Die politische Entwicklung in den USA besorgt viele. Was es jetzt braucht, sind klare Ansagen. Trumps Einreisestopp und seine Handelspolitik brechen mit den Werten, für die die EU und die USA stehen. Die US-Strafzölle gegen japanische Autos in den 80er Jahren haben gezeigt, dass Protektionismus insgesamt die Nachfrage und die Beschäftigung sinken lässt. Das kann auch Trump nicht wollen. Im Übrigen ist der europäische Binnenmarkt der erfolgreiche Gegenentwurf zu Protektionismus und Abschottung.

Apropos EU: Überall ist derzeit die Rede davon, dass die EU nach der Trump-Wahl enger zusammenrücken muss. Ist das bei der aktuellen Lage in Europa nicht nur eine Phrase?

Krichbaum: Nein. Es ist an der Zeit, dass die Streitigkeiten endlich beigelegt werden. Gerade wenn sich die USA in der Sicherheitspolitik wirklich weiter zurückziehen sollten, bedeutet das für die EU, dass sie mehr Verantwortung übernehmen muss. Darauf müssen wir uns schon heute einstellen. Daher ist das jetzt die Stunde, in der Europa zusammenrücken muss ...

... aber sind diese Herausforderungen nicht etwas zu groß für die gesplittete EU?

Krichbaum: Schwierigkeiten und Rückschläge hat es in der Geschichte der EU immer wieder gegeben. Auseinandergebrochen ist sie aber nicht. Und trotz Brexit vereint die EU 27 Mitgliedstaaten mit verschiedenen politischen und historischen Erfahrungen. Dass bei dieser Größe nicht immer alle einer Meinung sind, ist doch klar. Ich bin mir sicher, dass die „Herausforderung Trump“ auch zusammenschweißen kann und daher würde ich mir wünschen, dass Europa selbstbewusster auftritt.

Trump hat bereits mächtig Wirbel gemacht. Wohin steuern die USA unter ihrem neuen Präsidenten?

Krichbaum: Das muss sich erst noch zeigen. Wenn Trump die Nato als obsolet bezeichnet, betrifft das aber nicht nur Deutschland, sondern vor allem unsere Partner in Osteuropa. Bei der Handelspolitik hoffe ich auf Senat und Repräsentantenhaus, denn Präsident Trump kann nicht dauerhaft Politik gegen die Abgeordneten machen.

Text/Foto: ctö/dpa

Pressestimmen

Heuchelei

CSU und CDU wollen geschlossen in den Wahlkampf ziehen. Dazu zwei Kommentarauszüge:

Aufbruch und Neustart sind etwas anderes. Zudem steht der CDU-Vorsitzenden mit Martin Schulz jetzt plötzlich ein SPD-Gegenkandidat gegenüber, der selbst im bürgerlichen Lager Sympathien zu sammeln scheint. Am Montag lag die SPD sogar erstmals in einer Umfrage vor der Union – eine beispiellose Aufholjagd. Sollte sich der Trend in den nächsten Wochen verfestigen, könnte sich der neue Unions-Friede schnell als ein Scheinfriede entpuppen. *Lausitzer Rundschau, Cottbus*
Aufbruch? Kampfegeist? Frische und Überzeugungskraft? Wenig ist davon zu spüren bei dieser Pseudo-Friedensveranstaltung von CDU und CSU. [...] Merkel und Seehofer demonstrieren Eintracht nach ihrer Versöhnungsklausur. Unecht ist dieses Schauspiel, es trieft vor Heuchelei. Seehofer warf Merkel in der Flüchtlingspolitik die „Herrschaft des Unrechts“ vor, drohte ihr vor Jahresfrist mit Klage und presste ihr Verschärfungen der Asylgesetze ab. Jetzt aber preist er Merkel als Superbesetzung im Kanzleramt, wer soll das glauben?
Neue Osnabrücker Zeitung

Kabul (dpa). Bei einem Selbstmordanschlag vor dem Obersten Gerichtshof Afghanistans in der Hauptstadt Kabul sind mindestens 19 Menschen getötet und 41 verletzt worden. Das sagte gestern der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Wahid Madschroh. Ein Sprecher des Innenministeriums

Anschlag schockt Kabul

sagte, der Täter sei zu Fuß gewesen und habe seine Sprengladung am Tor des Gerichts gezündet. Alle Opfer seien Zivilisten, sagte er. Medien hatten zuvor

von einem Anschlag auf dem Parkplatz berichtet. Zunächst bekannte sich keine Extremistengruppe zu der Tat. Die radikalislamischen Taliban greifen seit Jahren regelmäßig Gerichte und ihre Mitarbeiter an. Sie wollen Afghanistan ausschließlich unter dem islamischen Scharia-Gesetz sehen.



UNGEWOLLT IM RAMPENLICHT: Mit einem System falscher Rechnungen sollen bei der Wiederwahl-Kampagne von Nicolas Sarkozy zu hohe Ausgaben vertuscht worden sein. Nun ordnete ein Richter einen Prozess gegen den früheren Staatschef an. Foto: dpa

Hiobsbotschaft im Winterurlaub

Sarkozy muss vor Gericht / Neue Vorwürfe gegen konservativen Kandidaten Fillon

Von unserer Korrespondentin
Christine Longin

Paris. Nicolas Sarkozy war mit Frau und Tochter im Winterurlaub, als ihn die Nachricht erreichte: Frankreichs Ex-Präsident muss wegen illegaler Wahlkampffinanzierung vor Gericht. Um rund 20 Millionen Euro soll der 62-Jährige im Wahlkampf 2012 das gesetzlich vorgeschriebene Finanzierungslimit überschritten haben. Untersuchungsrichter Serge Tournaire wirft Sarkozy vor, von den zusätzlichen Ausgaben gewusst zu haben. „Er hat unbestreitbar von dem Betrug profitiert, den die Ermittlungen ergeben haben und der es ihm erlaubte, über deutlich mehr Mittel zu verfügen als gesetzlich erlaubt“, begründete Tournaire seinen Schritt laut der Zeitung „Le Monde“.

Bei 22,5 Millionen liegt die Obergrenze für die Ausgaben im Wahlkampf in Frankreich, doch Sarkozys erfolgreiche Kampagne gegen den Sozialisten François Hollande soll 42,8 Millionen

Euro gekostet haben. Der konservative Kandidat, der sich zusammen mit 13 Mitangeklagten verantworten muss, soll zweimal davon unterrichtet worden sein, dass seine Kampagne finanziell aus dem Ruder lief. Schon drei Wochen nach dem Auftakt im März 2012 übergab Wahlkampfleiter Guillaume Lambert „Sarko“

„Er hat unbestreitbar von dem Betrug profitiert“

eine entsprechende Notiz der Buchhalter. Doch der hyperaktive Politiker bremste sich daraufhin nicht, sondern legte noch drauf: 44 Kundgebungen hielt Sarkozy in gut vier Monaten ab. Dabei war sein Hang zum Luxus bekannt. So ließ er sich für einen Wahlkampfauftritt in Bordeaux extra ein weißes Ledersofa in die Loge stellen. Die Eventagentur Bygma lion half mit einer doppelten Buchführung dabei, das Geld für die pompösen Großveranstaltungen nach US-Vorbild

in den Wahlkampf zu pumpen. Die Millionen für die Kampagne gingen offiziell auf das Konto von Sarkozys konservativer UMP – und zwar für Veranstaltungen, die es nie gab. Vom System der fingierten Rechnungen wusste der Kandidat dem Untersuchungsrichter zufolge nichts. Doch dass das Budget explodierte, muss ihm bekannt gewesen sein. „Die Autorität von Nicolas Sarkozy, seine politische Erfahrung und die Bedeutung seiner neuen Kandidatur machen die Hypothese eines von seiner Kampagne abgekoppelten Kandidaten wenig glaubwürdig“, zitierte „Le Monde“ aus dem Dossier.

Unterdessen sind in Job-Affäre gegen den konservativen französischen Präsidentschaftskandidaten Fillon neue Vorwürfe laut geworden. Nach Angaben der Enthüllungszeitung „Le Canard Enchaîné“ soll seine Frau Penelope im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als parlamentarische Mitarbeiterin auch Abfindungen in Höhe von insgesamt 45 000 Euro erhalten haben.

Warnstreikwelle erreicht Südwesten

Karlsruhe (dpa/BNN). Im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes der Länder hat die Gewerkschaft Verdi erstmals auch in Baden-Württemberg mit Warnstreiks Druck auf die Arbeitgeber gemacht. Mehrere hundert Beschäftigte legten unter anderem an den Universitäten in Mannheim, Ulm und Heidelberg zeitweise die Arbeit nieder, wie Verdi-Sprecher Andreas Henke sagte. Warnstreiks habe es auch in Zentren für Psychiatrie in Nordbaden sowie in den Autobahnmeistereien Mannheim und Walldorf gegeben sowie am Badischen Staatstheater in Karlsruhe. Für Anfang der kommenden Woche kündigte Henke eine Ausweitung der Warnstreiks in Baden-Württemberg an.

Die Gewerkschaft Verdi fordert ein Plus von insgesamt sechs Prozent. Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat das allerdings als zu hoch zurückgewiesen. Am Donnerstag kommender Woche wollen beide Seiten zu einer dritten Verhandlungsrunde zusammenkommen.



8. Februar

2016 – Wegen Sturmwarnungen fallen in Nordrhein-Westfalen zahlreiche Rosenmontagszüge aus.

2007 – Die rivalisierenden Palästinergruppen Fatah und Hamas einigen sich in Mekka auf eine Einheitsregierung.

1950 – Die Volkskammer der DDR beschließt das Gesetz zur Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit („Stasi“). dpa